

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 700.— Mk. wöchentlich 175.— Mk. In Pommerellen monatlich 1500.— Mk. in polnischer Währung.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummern: Die Einzelnummern 20.— Mk., von auswärts 100.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach Hef. Lutz, die Jagdzeiten Reichspolis 20.— Mk., von auswärts 400.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfach Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2945.

Nr. 9

Donnerstag, den 11. Januar 1923

14. Jahrgang

Französische Truppen in Essen.

Bei Schluß der Redaktion geht und folgende BZ. Meldung aus Essen zu:

Französische Kavallerie und Infanterie mit Panzerwagen haben heute früh um 8 Uhr die Grenze des besetzten Gebietes in Reithwig überschritten und ziehen in zwei Kolonnen gegen Essen hin. Von Mühlheim sind keine Truppen im Anmarsch.

Der Pariser „Matin“ berichtet, daß 25 000 Mann Truppen Essen und Umgebung besetzen werden. Die Operationen werden um 8 Uhr früh beginnen und um 2 Uhr nachmittags beendet sein.

Die Ursachen der Verzögerung.

Der für gestern erwartete Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ist nicht erfolgt. Nach einer Meldung aus Paris soll er heute früh erfolgen. Die Verzögerung des mit so großem Tamtam angekündigten Gewaltzuges Poincarés hat naturgemäß große Ueberraschung hervorgerufen und gab zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß. Tatsache ist, daß Frankreich plötzlich versucht, seinem Vorgehen ein möglichst harmloses Mantelchen zu geben. In der der deutschen Regierung übermittelten Note wird nur von der Entsendung französischer, belgischer und italienischer Ingenieure gesprochen, zu deren Schutz eine gewisse Truppenmacht mitgeschickt wird. In England hat der französische Botschafter erklärt, daß ein solcher Schutz nicht notwendig gewesen wäre, wenn alle Alliierten ihre Mitwirkung zugesagt hätten (1).

Unterdessen verstärkt sich die amerikanische Opposition gegen das französische Vorgehen. Die Erklärung, die der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission Bonden am Dienstag abgegeben hat, wird erst jetzt in ihrer vollen Bedeutung bekannt und hat in Paris großes Aufsehen erregt. Bonden soll nämlich gesagt haben, die deutsche Kohlenverfehlung sei zwar unbestreitbar, sie sei jedoch auf die Unmöglichkeit der Leistungen zurückzuführen, die der Vertrag Deutschland auferlege. Eine solche Verfehlung festzustellen, bedeute nicht eine Verurteilung Deutschlands, sondern in Wirklichkeit eine Verurteilung des Vertrages.

Es sei nebenbei bemerkt, daß ein offizielles Havas-Kommunique den Sinn dieser Erklärung geradezu auf den Kopf gestellt hat, indem es behauptete, Bonden hätte sogar eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands anerkannt. So wird die französische öffentliche Meinung in diesen kritischen Tagen irreführt!

Die Erklärung Bondens wird sogar dahin aufgefaßt, daß Amerika sich damit für eine radikale Revision des Friedensvertrages ausgesprochen habe. Die Mißstimmung, die in Washington über Frankreichs Haltung herrscht, wird durch eine Erklärung des Staatsdepartements zu der Behauptung Poincarés unterstrichen, daß ihm von einem offiziellen Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Regelung der Reparationsfrage für den Fall eines Scheiterns der Pariser Konferenz nichts bekannt sei. Demgegenüber erklärt das Weiße Haus, daß die Mitteilung amerikanischer Reich auf dem üblichen diplomatischen Wege zugegangen sei. Offenbar sind die Amerikaner nicht gewillt, sich die juristischen Spitzfindigkeiten und Winkelzüge Poincarés, der zwischen einem diplomatischen Sondieren und einem formellen Angebot sorgfältig unterscheidet, länger gefallen zu lassen. Es ist jedenfalls ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß gerade jetzt eine Note der Vereinigten Staaten an ihre Schuldner abgegangen ist, in der angefragt wird, wie sich diese die Regelung ihrer Schulden vorstellen. Die volle Tragweite dieses Schrittes läßt sich zwar noch nicht erkennen, es ist inoffen möglich, daß er die ganze europäische Politik entscheidend beeinflussen wird.

Die Verchiebung der französischen Aktion um einen Tag wird von verschiedenen Seiten, u. a. von der Pariser Ausgabe des „Newport Herald“, mit der unklaren Haltung Mussolinis begründet. In Paris hofft man zwar noch immer fest auf die Mitwirkung italienischer Ingenieure bei den Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet, doch lassen Nachrichten aus Rom, u. a. eine Erklärung der offiziellen „Tribuna“, erkennen, daß sich die italienische Regierung mit dem militärischen Vorgehen Frankreichs keineswegs identifiziere. Nachstehende Meldung der Telegraphen-Union aus Rom deutet vielmehr darauf hin, daß Frankreich schweren Enttäuschungen von italienischer Seite entgegengeht.

Auf einen Antrag des Abgeordneten Gianferra von der Partei der Populari sagte die Kommission für das Auswärtige einen Beschluß gegen die Beteiligung Italiens an den französischen Operationen im Ruhrgebiet. In der Begründung wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Frage der Reparationen auf das enge mit der der interalliierten Schulden verknüpft sei; während der anglo-amerikanischen Verhandlungen solle man Deutschland ein kurzes Moratorium gewähren. Weiter

ter wird gesagt, wenn der amerikanische Standpunkt über alle anderen den Sieg davontrage, so werde auch Italien diese Politik anstreifen und alle einschlägigen Probleme von neuem betrachten. Die Kommission ist der Ueberzeugung, daß die französische Aktion an der Ruhr für den europäischen Frieden gefährlich ist, weil sie die Gefahr vergrößere, daß die deutsch-russische Annäherung sich nur noch enger vollziehe, besonders angesichts der französisch-englischen Entfremdung.

Die französischen Vorbereitungen sind indessen zu weit gediehen, als daß selbst die Erkenntnis der Gefahren, denen man sich gerade von der Seite jener Alliierten aussetzt, auf die man rechnen zu dürfen glaubte, die Entschlüsse Poincarés in letzter Stunde noch umwerfen könnte. Poincarés hat sich durch den „Nationalen Block“ rettungslos in die Bahn des Rechtsbruches und der Gewalt drängen lassen. Er wird heute in der Kammer einen stilligen Siegesrausch genießen, doch der teuere Kappjammmer wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die Begründung des Friedensbruches

In einer gestern der Reichsregierung übergebenen Note der französischen und belgischen Regierungen wird der neue Gewaltakt gegen Deutschland wie folgt angekündigt und „begründet“:

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllung in der Ausführung des Programmes der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohle an Frankreich und gemäß den Bestimmungen von § 17 und 18 der Anlage 2 zum Teil 8 des Vertrages von Versailles hat die französische Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlenfundiertes verlebene Kontrollmission ins Ruhrgebiet zu entsenden, um die von ihrem Vorsitzenden an dieses Sendikal und an die deutschen Verkehrsbehörden erteilten Befehle und die strikte Anwendung der von der Reparationskommission festgesetzten Programme überzusetzen und alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Vollmachten dieser Mission werden durch die beteiligten Urkunden bekräftigt. Die deutsche Regierung wird gebeten, dies den beteiligten Behörden zur Kenntnis zu bringen und sie mit erforderlichen Beistellungen zur genauen Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu versehen. Die italienische Regierung hat ebenfalls beschlossen, die italienischen Ingenieure an dieser Mission teilnehmen zu lassen.

Die französische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsendet einfach ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutlich umschrieben ist. Man muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrage von Versailles enthaltenen Verpflichtungen achtet.

Sie läßt ins Ruhrgebiet nur die zum Schutze der Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen entsenden. Keine Stärkung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen, sie kann in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Friedfertigkeit der Arbeit der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutze bestimmten Truppen.

Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden, welcher Art sie auch seien. Sollten die Maßnahmen der Beamten der Mission und die Unterbringung der sie begleitenden Truppen durch irgendein Mißverständnis oder in Frage gestellt werden, und sollten die britischen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgendwelche Verwirrung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebietes herbeiführen, so würden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich ergriffen werden.

Protest des preußischen Landtages.

Im Preussischen Landtag gab Ministerpräsident Gen. Braun eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte: Er wolle keine Worte verlieren über die aduokatorische Haarpalterei, die der französische Ministerpräsident aufzuwerfen, um den brutalen Gewaltakt mit dem Schein des Rechts zu umkleiden. Was dem rheinischen Volke angetan worden sei, und was epi der westfälischen Bevölkerung angetan werden solle, gehe weit über das selbst bei kühnster Auslegung des Friedensvertrages Zulässige hinaus. Außerdem sei dieser Gewaltakt sinnlos, denn er treffe eine Bevölkerung, welche sich seit Jahren bewähre, mit aller Kraft die schwereren Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Zweitens werde dieser Gewaltakt zum Schaden des französischen Volkes und seiner Verbündeten die Reparationsfähigkeit Deutschlands völlig vernichten. Neuer Haß und neue Erbitterung würden gesät. Die schon jetzt schwere Wohnungsnot des Ruhrgebietes würde durch den Einmarsch vieler tausender Soldaten unerbittlich werden. Unter stürmischem Beifall schloß der Mi-

nister, daß Deutschland der Gewalt und der Willkür nur Recht und Gerechtigkeit entgegenstellen könne, die aber dauernder als Gewalt und Willkür sein werden.

Zurückberufung der amerikanischen Rheintruppen.

Mißbilligung der Ruhrbesetzung.

In den letzten Tagen war die Rückkehr von der Zurückberufung der amerikanischen Truppen vom Rhein bementiert worden, da Amerika keine Unfreundlichkeit gegen Frankreich bezeugen wollte. Nunmehr hat Präsident Harding nach einer Reutermeldung doch die Zurückberufung der Truppen angeordnet. Ferner hat der amerikanische Botschafter in Paris der französischen Regierung offiziell die Mißbilligung Amerikas bezüglich der Besetzung des Ruhrgebietes erklärt, ohne allerdings einen formellen Protest gegen das Vorgehen Frankreichs zu erheben.

Die Erklärungen des offiziellen amerikanischen Vertreters Bonden in der Reparationskommission werden vom „Newport Herald“ wie folgt wiedergegeben: 1. Nach Bondens Meinung habe Deutschland in juristischer und technischer Beziehung in der Kohlenlieferungsfrage den alliierten Regierungen gegenüber absichtlich verstoßen, deshalb sei die Reparationskommission auf Grund des Friedensvertrages automatisch gesunken, Deutschland entsprechend zu beurteilen. 2. Dieses Verstoßen sei eine automatische Folge des Umstandes, daß der Friedensvertrag eine untragbare Last barstelle, mit andern Worten, die Schuld am Verstoß treffe eher den Friedensvertrag als die Deutschen.

Beratungen über Englands Stellungnahme.

Daily Telegraph“ meldet, der französische Botschafter in London sprach gestern abend wieder im foreign office vor, um die britische Regierung von der Absicht der französischen Regierung in Kenntnis zu setzen. Curial St. Aulaire betonte den Wunsch Poincarés, nicht nur korrekte, sondern auch freundschaftliche und herzliche Beziehungen zu Großbritannien aufrechtzuerhalten. In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß in der morgigen Sitzung des Kabinetts u. a. folgende Punkte zur Beratung kommen: 1. Ob ein Protest gegen die französische Aktion erhoben werden soll, und wenn ja, in welcher Form. 2. Ob England weiterhin seine Truppen am Rhein lassen soll. 3. Frage der künftigen Vertretung Großbritanniens in der Reparationskommission, der Botschafterkonferenz und damit verwandten internationalen Körperschaften.

Litauischer Einfall ins Memelland.

Das Beispiel, das die Polen mit ihrem Einfall in Oberschlesien und das Litauengebiet gaben, scheint bei den Litauern Schule zu machen. Wie aus Memel gemeldet wird, sind starke litauische Truppen, die sich aus Militär- und Zivilpersonen zusammensetzen, in den Grenzort Sangszargen im Südkanal des Memelgebietes eingedrungen und halten diesen besetzt. Die telephonische Verbindung mit Sangszargen ist unterbrochen. Ein Teil der französischen Besatzungstruppen wurde in Kraftwagen von Memel an Ort und Stelle geschickt und in Formarsch geföhrt. Auch Oberkommissar Pettäne begab sich dorthin.

Wie weiter berichtet wird, ist auch die Grenzstation Dajahren nördlich von Memel von den Litauern besetzt worden. Ferner verläutet, daß reguläre litauische Truppen bei Eglicshen östlich von Dajahren über die Grenze getreten sind und südlich in Richtung Memel vorbringen.

Der Oberkommissar Pettäne hat als Vertreter der alliierten Mächte folgenden Aufruf erlassen: Einwohner des Memelgebietes! Eine große Anzahl von Freischärlern ist in die Grenzstation Sangszargen eingedrungen. Als Vertreter der alliierten Mächte werde ich mich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Verletzung des Gebietes widersetzen. Ich ersuche die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren und ihren Geschäften und ihrer Arbeit nachzugehen. Den mich von den alliierten Mächten anvertrauten Posten werde ich nicht verlassen.

Die Regierungsbildung in Polen.

Die polnische Volkspartei (Piotos) hat alles versucht, um die Nationaldemokratie zu einer Unterstützung der Regierung Sikorski zu gewinnen. Während es zuerst schien, als ob die N. D. sich mit einigen Ministersefeln zurückergeben würde, lehnt sie eine Unterstützung jetzt offiziell ab. Die Uebernahme des Finanzministeriums haben bisher alle darum angegangenen Politiker abgelehnt.

Danziger Nachrichten.

Der Tanz des Dollars.

Der Dollar beginnt wieder zu tanzen, und mit ihm auch die Preise in den Geschäften. Das monatliche tolle Feiern des Dollars zwischen 7000 bis 8000 hatte bereits einen ziemlich stabilen Preisstand herbeigeführt. Teilweise waren die Geschäfte schon mit Preisänderungen in den Schaufenstern hervorgetreten. Auch die Löhne und Gehälter hatten einermassen „aufgeholt“, so daß die Mehrzahl der Bevölkerung bereits wieder langsam aufatmete. Nun beginnt der Dollar wieder seine wilden Sprünge, und damit nimmt das alte Spiel der fast ständigen Preissteigerungen wieder seinen Anfang. Neue Unsicherheit greift damit im wirtschaftlichen Leben wieder Platz. Der Wertlauf der Löhne mit den Preisen wird wieder in aller Schärfe einsehen, und die Verbraucher werden dabei erneut den kürzeren ziehen. Der Wiederbeschaffungspreis wird wieder seine Triumphe feiern. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man schon heute wieder von einer Preisbaronie spricht. Jeder Geschäftsmann hat anscheinend seine besondere Methode für die Preisberechnung, und so erlebt man es, daß für ein und denselben Gegenstand in den verschiedenen Geschäften auch die verschiedensten Preise verlangt werden.

So berichtet ein Käufer, daß er in einem Geschäft einen Artikel für 50 Mark kaufte. In einem anderen Geschäft waren ihm für denselben Gegenstand 300 Mark abverlangt worden. Derselbe Käufer ließ sich etwas später ein kleines Geschloß aus einer Buchhandlung mitbringen. Es kostete 150 Mark. In einem anderen Geschäft war es noch für 75 Mark zu haben, und ein dritter gar verlangte nur 40 Mark. Einer Wandstrangung es ähnlich. Sie wollte Stoff für ein Kleid kaufen und mußte dabei die Feststellung machen, daß in fünf verschiedenen Geschäften auch fünflei Preise gefordert wurden, und zwar stellte sich eine Differenz in den Preisen von etwa 1500 Mark für das Meter heraus.

Es ist klar, daß solche Zustände durchaus ungesund sind. Eine Anzahl der Kaufleute bestreift sich einer lebenswerten Rücksichtnahme bei der Preisbestimmung, andere dagegen folgen dem Tanz des Dollars sofort, geben wohl gar noch darüber hinaus. Der Konsument tut dabei der Selbsttugend. Denn hierbei gilt mit Recht das Sprichwort: „Den Leuten beikommen die Gabel!“

Um einer weiteren Verelendung zu entgehen, wird die lohnarbeitende Bevölkerung natürlich versuchen müssen, dem Steigen des Dollars mit ihrem Einkommen zu folgen. Daß ist aber nur ein schwacher Trost, weil es immer nur zum Teil genügt. Notwendig ist eine staatliche Regulierung der Wirtschaft, um die wilden Auswüchse auf dem Warenmarkt zu unterbinden. Je mehr das von immer weiteren Kreisen eingesehen wird, desto mehr ist die Öffnung vorhanden, daß die Bevölkerung durch diesen unveränderten profitaristischen Verensessel mit möglichst geringerer Schädigung an Leben und Gesundheit hindurchkommt. Bei der Bevölkerung selbst liegt die Kraft, die schlimmsten Folgen dieses Dollartanzes zu mildern. Es kommt nur darauf an, daß es alle Schaffenden in Werkstatt, Fabrik und Bureau endlich erkennen!

Neue Heraussetzung der Postgebühren.

Mit Rücksicht auf die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark sind die Auslandspostgebühren neu festgesetzt worden. Es kosten von 15. Januar ab im Verkehr nach dem Ausland (außer Deutschland, dem Memelgebiet und Polen) u. a.: der Brief bis zum Gewicht von 20 Gramm einseht, 150 Mk., jede weiteren 20 Gramm oder ein Teil von 20 Gramm (Weistgewicht 2 Kilogramm) 75 Mark, die einfache Postkarte 90 Mark, Drucksachen je 50 Gramm oder ein Teil von 50 Gramm 80 Mark. Die Filbestellgebühr für Briefsendungen, Wertbriefe, Wertkästchen und Postanweisungen 300 Mark, Einschreibgebühr 75 Mark.

Die Postgebühren im Ortsverkehr sowie im Verkehr mit Deutschland und dem Memelgebiet werden gleichfalls erhöht. Die neuen Gebühren werden noch bekanntgegeben werden, für den Fern-

verkehr innerhalb des Gebietes der freien Stadt Danzig bleiben die A. St. geltenden Postgebühren bis auf weiteres bestehen.

Neue Danziger Briefmarken. Die Portoerhöhung macht die Herausgabe neuer Postwertzeichen notwendig, die bereits an den Posthaltern erhältlich sind. Es erscheinen Portomarken zu 100 Pf., 10 Mark und 50 Mark, ferner die kleine Löwenappenmarke zu 50 Pf., als Dienstmarke mit dem Heberdruck DM und eine Flugpostmarke zu 20 Mark. Die Flugpostmarke ist einfarbig (braun) mit grünem Unterton, hergestellt im Muster der fliegenden Flugpostmarken zu 5 Mark und 10 Mark.

Eine Reihe früherer Danziger Briefmarken wird aus dem Verkehr gezogen. Sie dürfen ab 1. April 1923 nicht mehr benutzt werden. Es sind dies folgende Marken: Die Danziger Postwertzeichen der 2. Ausgabe mit graugrünem Unterton von 1 Mark an, zu 5, 15, 20, 25, 75 Pf., 1, 1 1/2, 2, 3, 5 und 10 Mark, mit violetttem Unterton zu 1, 1 1/2, 2, 3, 5 und 10 Mk., sowie der Erinnerungsausgabe (Kogge) lägejahrmäßig durchstochen zu 5, 10, 25, 40, 80 Pf., 1, 2, 3, 5 und 10 Mark, gezähnt zu 25, 40 und 80 Pf. Die in den Händen des Publikums befindlichen Marken dieser Ausgaben werden in der Zeit vom 1. bis 15. April an den Posthaltern gegen ein Kurs befindliche Postwertzeichen nicht gegen bar — eingetauscht.

Schiedspruch für die Straßenbahner.

Da eine Verständigung mit der Direktion der Danziger Elektrischen Straßenbahn über die Neuregelung der Löhne für Januar nicht zu erreichen war, fällt der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedspruch: „Die Löhne der Straßenbahnbediensteten werden für den Monat Januar um 2,5 Prozent erhöht, das ergibt für das Fahrpersonal Monatslöhne von 61 640 Mark bis 63 974 Mark, wozu die Wagenführer eine monatliche Zulage von 1000 Mark, die Kassenschaffner von 2000 Mark erhalten. Die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter betragen 355 Mark, für die Ungelernten 327,00 Mark, für die Ungelernten 309,00 Mark. Die Zulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.“

Zu diesem Schiedspruch nahmen die Straßenbahnbediensteten in zwei Betriebsversammlungen Stellung, in denen an diesem Schiedspruch lebhaft Kritik geübt wurde, weil derselbe keineswegs den Lebensnotwendigkeiten der Straßenbahnbediensteten Rechnung trägt. Die Abstimmung ergab schließlich die Annahme des Schiedspruches mit 123 gegen 63 Stimmen, die für einen sofortigen Streik waren. Die Organisationsleitungen wurden beauftragt, für die zweite Hälfte des Monats Januar eine Teuerungszulage in Höhe von 20 000 Mark zu fordern.

Für das Gärtnergewerbe hat der Schlichtungsausschuß am 5. Januar einen Schiedspruch gefällt, der nur eine unzulängliche Aufbesserung der Löhne der in den Gärtnereien beschäftigten Personen bringt. Eine Versammlung des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter nahm gestern zu diesem Schiedspruch Stellung und nahm nach längerer Ansprache gegen 2 Stimmen den Schiedspruch an. Zum Schluß wurde noch die Frage der lernenden und gelernten Gärtner besprochen.

Kaffee und Schokolade gekohlen. Der Arbeiter G. N. in Schildis stahl aus einem Speicher einen Sack Kaffee und 12 Kartons Schokolade im Werte von zusammen 50 000 Mark. Wegen einfaches Diebstahls wurde er zu zwei Jahren Gefängnis oder 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

4. Philharmonisches Konzert.

In der noch nie dagewesenen Stille dieses Winterwinters sind die Veranstaltungen der „Philharmonischen Gesellschaft“ nahezu die einzigen von Belan. Das achte und letzte dieser Konzerte am ersten Male in Danzig dem Komponisten Arnold Schönberg das Wort, der mit seinen 40 Jahren immer noch das Gefühl der einsamsten musikalischen „Neubauer“ ist. Freilich sind inzwischen die Zeiten gewesen, in denen die Aufführung eines Schönberg'schen Werkes immer haben sich Männer wie die Dirigenten Hermann Scherchen und Franz Schreker, der Pianist Ferruccio Busoni, die Sängerin Gutheil Schuder, das Mezzosopran mit herrlichem Gesang und vornehmlich nicht wenig einseitig eine jener Sensationen bedeutete, die von Aufbau und Maulstücken besonders warm beachtet wurden. Und wenn die schräge Aufführung etwas wie einen sensationellen Charakter trug, so nur deshalb, weil wir dem üblichen Konventionen hier in Danzig zum ersten Male begegneten. Schönberg ist Wiener. Was er ist und wurde, ward er auch sich selbst, denn Vorläufer im eigentlichen Sinne hat er nicht gehabt, und auch seine Lehrer waren dies nur mehr im Sinne als Anregung. Sich um seine Schule und Richtung kümmernd, ist Arnold Schönberg immer geradeaus geschritten, hat sich durch das Gefäß der Philharmonie, aus welchem Lager sie kommen mochten, nicht beirren lassen und lebt heute in dem kleinen Wödling bei Wien zurückgezogen und seinem künstlerischen Schaffen hingegeben. Wie man sich immer dazu stellen, wie man Schönberg heute oder später auch sehen möge: sein unverkennbares Mal ist das „Auge“. Denn Schönberg ist tatsächlich der erste und bis jetzt einzige deutsche Komponist, der aus der Gänge Richard Wagner's herangeflohen, der die Musik — und was man sie so gar Unmusik nennen — einen ganz großen Schritt vorwärts gebracht hat. Diese Musik ist nichts anderes als Lung, trägt die harten, charakteristischen Akte der Zukunft: Klarheit, Kühnheit, Aufricht gegen traditionellen Zwang. Schönberg sagte einmal selbst: „Nicht aus Mangel an Erfindung oder an reichlichem Können bin ich in diese Bahn gekommen, in die Richtung gedrängt, sondern hierbei innerem Anzage folgend, der stärker ist als Erziehung; und ich eheerde jener Bildung, die als meine natürliche mächtig ist als meine künstlerische Vorbildung.“ Im übrigen vollzieht sich an Schönberg das gleiche Schicksal, wie es fast jeder neuartige, selbständig schaffende Künstler erfahren muß: Ablehnung. Die großen Massen, soweit sie einen Namen von einem Musikstille zu unterscheiden wissen und darum immer bereit sind, mit Enthusiasmus, ja Begeistert abzulehnen, was ihren auf Schlaf eingestellten Sinnen entgegenwirft, verdammen rasch, was sie nicht verstanden, hat bei sich selbst zu forschen, warum sie das nicht verstanden, was die wenigen anderen, die wahrlich nicht die Mindesten waren,

unerschrocken und groß nannten. Hier hätte freilich der zeitgenössische Musikkritiker halt sich in trockenem, doktrinären Geschreibsel um das „Probleme Schönberg“ genaug zu tun, einhalten müssen und in klarer, gemeinverständlicher Weise den Musikfreunden das Werk dieses eigenartigen Künstlers näher bringen müssen.

Um an Schönberg heranzukommen, was nicht leicht ist, muß man unbedingt seine ersten Werke kennen. Dann erst entwirrt sich diese ganze, hart auf Mentalität gefehte, Wärdern fruchtbarste Wege feineswegs vom Melos fortzuführen, sondern nur ein eigenes Ohr brauchen, um es auf keinem feststammten Untergrunde zu erkennen. Deshalb war es von Henry Prins (der seine Danziger kenn) nur durchaus klug, „Die verklärte Nacht“ aufzuführen, die ursprünglich als Streichquartett geschrieben, sich auf den Streichquartett besonnenen Debussin'schen „Schicksal“ (aus „Weib und Welt“) stellt. Die „Verklärte Nacht“ ist nun alles aber als der eigentliche Schönberg von heute, so verglichen mit den „Vergewöhnlichen“ oder dem „Buch der hängenden Gärten“, ist kaum mehr der gleiche Meister erkennbar. Denn jener erste Schönberg hat sich von Wagner noch nicht ganz frei gemacht; der Tritan und Siegfried klingen noch merklich darin herum, aber man erkennt doch schon den eigenwilligen Harmoniker, den mit habelhaftem Klanginn begabten Künstler, der mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln fort will von der breiten, ausgebreiteten Straße der Epigramme.

Das Werk erfährt unter Henry Prins, der es nahezu auswendig dirigiert, eine bis in die letzten Einzelheiten musterhafte Interpretation, und gerechtfertigte sei auch des Dirigenten gedacht, daß vor eine ganz neue Aufgabe gestellt, sich mit Hingabe und Verständnis für diese Kunst von dem Dirigenten führen ließ und eine oft bewundernde Schönheit des Klanges entwickelte.

Überaus anziehend sang Barriet van Gmden, eine junge Amerikanerin, drei Lieder von Mahler, darunter das wunderbar „Ich ging mit Lutz“. Sei es nun, daß sie sich noch nicht ganz in den Stil dieser Lieder gefunden hatte oder vielleicht durch das zu volle Orchester beunruhigt schien, sie fand nicht recht den festen Boden, der Kontakt zwischen Singstimme und Orchester war locker, und die Stimme kam nicht zur vollen Geltung. Das geschah erst mit der (italienisch gesungenen) Sarranen-Arie aus „Figaro's Hochzeit“, die eine wunderbare Satte und ausgeglichene gebaute Sopranstimme von seltenem Umfange und hohem sinnlichen Reiz erkennbar werden ließ.

Den Abschluß des Konzertes bildete Beethoven's „Credo“, die eine ganz grandiose Gestaltung erfährt und das Publikum am Schluß zu begeisterten Ausdrücken hinriß. Wieder zeigte das Orchester seine recht bedeutende Leistungsfähigkeit, und auch Prins habe ich nicht oft in so ausgezeichnetem Befähigung gesehen.

Die Wohnungsfrage.

Freie Wirtschaft oder Gemeinwirtschaft?

Bei der Erörterung der Wohnungsfrage wird sehr viel mit Schlagworten operiert. Was mit der Zwangswirtschaft, lassen die einen. Die Zwangswirtschaft habe sich nirgendwo bewährt, und wenn die Wohnungsfrage bis jetzt noch keine Lösung gefunden habe, so sei daran nur die Zwangswirtschaft schuld. Demgegenüber laun man auf die Tatsache verweisen, daß die freie Wirtschaft bis jetzt auch nicht imstande war, die große Masse des Volkes einermassen erträglich mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen, und daß diese Versorgung nur in fortgesetzt steigenden Preisen vor sich geht. Wären wir die freie Wirtschaft im Wohnungsweien, dann hätten wir heute Mietten, die mindestens das 500fache des Preisens betragen, ohne daß ein Unternehmer ein Mietshaus bauen würde, weil sich die neuen Häuser erst rentieren, wenn die Mietten auf mindestens das 1000fache steigen wären. Unsere Lebensmittelpreise steigen und fallen mit dem Dollarkurs, d. h. mit dem Geldwert. Es besteht die Möglichkeit, daß einmal ein solcher Einbruch der Preise eintritt. Anders liegen die Dinge bei den Wohnungen und bei Grund und Boden. Diese Preise steigen etwas langsamer als andere, sind sie aber erst einmal gestiegen, haben sich die Mietpreise in den Verkaufspreisen der Häuser und in ihrer hypothekarischen Belastung ausgemießt, dann können die Preise gar nicht mehr fallen, ohne daß es große wirtschaftliche Störungen gibt. Diese Preise steigen sich, sie verhindern dann eine Besserung unieres Geldwertes, und auf Jahrzehnte hinaus wäre das ganze Volk dem Boden- und Hausbesitzern tributpflichtig.

Bei Mietshäusern stellt man vor dem Ariea eine Belastung von 6 bis 7 Prozent für erforderlich, um die Unzulänglichkeiten zu verzeihen. Steuern und Unterhaltungskosten zu bestritten. Das reine Mietertragnis betrug für den Hausbesitzer in der Regel 5 bis 6 Prozent. Könnte der Besitzer die Miete höher treiben, so war ihm die Möglichkeit gegeben, einen höheren Verkaufspreis zu erzielen, weil der Wert der Mietshäuser nicht nach den Hauskosten, sondern nach dem Mietertragnis bemessen wird. Würde die Zwangswirtschaft fallen, dann stiegen die Mietpreise und somit die Verkaufspreise. Wer für sich allein ein Wohnhaus besitzt, würde von dem Steigen der Preise nicht sofort betroffen. Mit der Zeit wird aber jeder, und vor allem jeder neue Käufer, in Mitleidenschaft gezogen. Mit dem raschen Steigen der Mietten müßten natürlich auch wieder die Löhne und Gehälter steigen, was wiederum neue Preissteigerungen im Gefolge hätte.

Die Hausbesitzer sagen nun, alles ist im Preise gestiegen, warum soll gerade unsere Einnahme — und damit meinen sie die Mieteinnahme — nicht steigen. Sie führen dann in der Regel irgendeinen Fall an, wo eine Witwe, deren Mann das ganze Vermögen in ein Haus steckte, heute gar nicht mehr aus dem Haus ziehen kann und am Hungertode magt. Es ist richtig, daß in den letzten Jahren sich Fälle ereigneten, wo die Miete dem Hausbesitzer nicht soviel einbrachte, als er Unkosten hatte. Diese Mißstände sind jetzt aber beseitigt, und die Hausbesitzer wissen schon dafür zu sorgen, daß die Aufschläge zur Grundmiete den Geldverhältnissen entsprechend festgelegt werden. Auch die andere Lage der Hausbesitzer, daß in den letzten Monaten die Festsetzung der Zuschläge nicht der Geldwertung gefolgt sei, ist nicht schädlich und kann nicht gegen die Zwangswirtschaft ins Feld geführt werden, weil einer so raschen Geldwertung, wie wir sie in den letzten Monaten zu verzeichnen hatten, die Mietpreise unmöglich hätten folgen können.

Wir müssen daran festhalten, daß der Hausbesitz kein Gewerbe ist und der Hausbesitzer nicht anders behandelt werden kann als ein Rentner. Insofern würden wir zu ganz großen Ungerechtigkeiten kommen. Der Normalfall im Hausbesitz ist der, daß der Besitzer 20 Prozent des Kapitals selber aufbrachte und 80 Prozent durch Hypothekenaufnahme deckte. Diese Hypotheken verzinst und trägt der Hausbesitzer heute mit Papierkassetteinen; und auch wenn die Miete noch so hoch steigen würde, würde er deswegen seinen Vermögens (kann) mehr neben, als er muß. Der freie Wohnungsmarkt müßte dazu führen, daß an Stelle des alten Rentnerstandes ein neuer tritt. Im Einzelfall würde sich die Sache etwa folgendermaßen gestalten: In einem Haus für 100 000 Mark hat der Vermieter 20 000 Mark angelegt, die Hypothekenzinsabnehmer 80 000 Mark. Die letzteren haben also vier Fünftel an dem Haus bezahlt. Würde auch nur eine Steigerung des Miettrages am Haus auf das Schlußende zugelassen, so wäre das Haus eine Million wert. Der Hausbesitzer hätte dann ein Vermögen von 920 000 Mark, also einen Zuwachs von 900 000 Mark; die Hypothekenzinsabnehmer hätten immer noch ihre 80 000 Mark und müßten, falls sie bei dem Hausbesitzer wohnten, in einem Jahr mehr Miete bezahlen, als ihre ganze Hypothek ausmacht. Dieser Fall der Verarmung der Kapitalrentner müßte sich hundertmal mehr ereignen, als der von den Hausbesitzern immer angeführte Fall von der Verarmung des Hausrentners.

Nun würden aber die Mietten nicht bei dem zehnfachen Preisensbetrag, auch nicht beim hundertfachen, stehen bleiben, sondern immer weiter steigen, wie in Desterreich, wo man schon beim 20fachen Betrag angelangt ist. Die Hausbesitzer sagen, das wäre eine Verleumdung ihres Standes; sie hätten gar nicht daran, so hohe Preise zu nehmen. Rechtliches haben wir vor zwei Jahren auch von der Landwirtschaft gehört. Und wie steht es in Wirklichkeit heute mit dem Getreide- und Fleischpreis? Ist erst die freie Wirtschaft zugelassen, dann treten die Gesetze dieser Wirtschaft in Kraft, dann steigen die Preise bis zu dem Punkt, wo irgendein Konkurrenzfaktor eintritt. Wohnungen kann man nicht aus dem Ausland beziehen, überhaupt nicht anders als durch Neubau erhalten. Neubauten kosten heute mehr als das Zehnfache vom Preisensbetrag, und erst bei diesem Punkt würde die Konkurrenz einsehen. Der Konkurrenz einer Zweizimmerwohnung erforderlich selbst in der Mietkategorie einen Aufwand von mindestens 2 Millionen. Das würde schon bei einem Zinsfuß von 5 Prozent und 1 1/2 Prozent für Steuern und Unterhaltung eine jährliche Mietsumme von 150 000 Mark erfordern. Bis die Mietten diese Höhe erreicht hätten, wären Löhne und Gehälter soweit gestiegen — vorausgesetzt, daß wir nicht vorher wirtschaftlich zusammenbrechen —, daß auch um diesen Betrag feing Wohnung mehr erstellt werden könnte. Die Wohnungsfrage würde dann wahrscheinlich die Entmischung nehmen, wie etwa die Fleischversorgung. Große Massen könnten sich überhaupt keine einigermaßen zufriedenstellende Wohnung mehr leisten, sie würden eben noch mehr als bisher zusammengeopfert.

Mindestens neun Zehntel der Bevölkerung haben daher ein Interesse an der Weiterführung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen. Was zur Erhaltung der Gebäude und für den Wohnungsbau erforderlich ist, muß natürlich aufgebracht werden. Diese Beiträge werden naturgemäß mit dem Sinken des Geldwertes steigen; sie werden aber nie über einen gewissen Prozentsatz des Einkommens steigen, und dieser Prozentsatz ist bei der Gemeinwirtschaft weit unter dem Preisenssatz, bei freier Wirtschaft aber wesentlich höher. A. S.

Für
Danziger Werft

reserviert

Waggonfabrik Danzig

Telephon Nr. 616

liefert Eisenbahnwagen aller Arten
:: für Staats- und Privatbahnen ::
Spezialität: Kessel- und Kühlwagen
Kleinbahnwagen

Geschmiedete Beschlagteile aller Arten, insbesondere Massenartikel

Danziger Metall-Industrie und Verzinkerei A. G.

Telefon 5563 Danzig-Langfuhr, Am Johannisberg 1 Telefon 5563
IMPORT — EXPORT

Herstellung aller verzinkter u. lackierter Artikel für Haushalt u. Landwirtschaft
Blechballagen in schwarz und verzinkt für die Industrie

Handels- u. Transport-Gesellschaft Danzig m. b. H.

Fernsprecher 2303 und 6349 Danzig-Langfuhr Pommerische Chaussee 5

Eisen- und Eisenwaren-Großhandlung

Stab-, Band-, Formeisen, Bleche, Röhren, Fittings : Draht, Drahtstifte, Kurzwaren aller Art
Abverkauf der Erzeugnisse der Danziger Metallindustrie und Verzinkerei.

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metall-Handelsgesellschaft

Zentral: Danzig, Bräuerweg 18 m. b. H. Filiale: Kattowitz, Querstraße 2
Fernsprecher: 2039 und 3449 □ Telegramm-Adresse: „Dakem“ □ Fernsprecher: 488, 489, 490

Rohisen u. Nittmetalle, Stab- u. Formeisen, Bleche, Vell- u. Feldbahnmaterialien
Robeisen, Ferrolegerungen, Metallrückstände, Werkzeugmaschinen

Dülken Gourary, Lewin & Co.

Telefon Nr. 6636 G. m. b. H. Telegr.-Adr.: Degelholz
Danzig, Langgasse 69/70

Holzgroßhandlung □ □ □ Import · Export

White Star Line and White Star Dominion Line

Regelmäßige Dampferverbindungen von
Southampton-New York
Liverpool-New York
Liverpool-Halifax und Quebec
Liverpool-Boston-Philadelphia
Danzig-Bremen-Halifax-New York
via Southampton und Cherbourg
www auch alle Halbinseln der Welt

Danzig, Töpfergasse 31-32

Tel.-Adr. Olyzagor Telephon 5875
Gesch.-Std. 9-1, 2-5
und Auswandererlager.

Behnke & Sieg, Danzig

Tel.-Adr.: Behnke & Sieg, Danzig
Telephon Nr. 30, 31, 32 und 420.

Dampfschiffswerder, Schiffsmakter,
Betrachtungen nach allen Häfen der Welt.

Ostdeutsche Bernstein-Industrie

M. FRIESE, G. m. b. H.
Jopengasse Nr. 64

Fabrikation echter Bernsteinwaren

„Vulkan“

Eisengießerei und Maschinenfabrik

Am Gießer: Grauguß aller Art
Alle Maschinenfabrik: Landwirth-
maschinen

Danzig-Schellmühl
Tel. 136

DANZIGER GROSSINDUSTRIE

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(F) Danziger Fernverkehr

Danzig-Gdingen-Neustadt und zurück.

588 710 730 1000 D 1121 101 304 1000 ab Danzig an D 1228 700 1014 100 410 600 800 1100
600 700 800 1100 — 100 400 1100 ab Gdingen ab — 710 900 1200 300 600 810 1100
600 800 900 1200 1200 200 500 1200 an Neustadt ab 1200 610 800 1100 200 500 710 1000

S. J. Jewelowski

Danzig-Langfuhr

Telegramm-Adresse: Jewelowski Danzig-Langfuhr
Tel.: 633, 666, 5490-5495. Ferngespräche 5494-5495

Dampfsägewerke in Rückfort b. Danzig
Osche in Pommerellen und Saarmühle
bei Osche.

Alle Anfragen erbitte an meine Adresse nach Danzig-Langfuhr

Syndikat der Holzindustriellen Danzig-Pommerellen G. m. b. H. & Co.

Danzig-Langfuhr

Kontor Hauptstraße 98, Telefon 5490-5495
Lagerplatz am Kaiserhafen, Telefon 3133
Telegr.-Anschritt: Holzsyndikat Danziglangfuhr

Spedition und Lagerung von Hölzern aller Art.

Carl Thümecke

Danzig-Langfuhr
Pommerische Chaussee 4
Telefon 5524

Druckerei-Maschinenfabrik
Walzengießanstalt
Graphisches Fachgeschäft

Chemische Fabrik und Großdrogen-Handlung Dr. Schuster u. Kaehler

DANZIG

Chemische u. pharmazeutische Präparate eigener
Herstellung, sämtliche Chemikalien, Alkaloide,
Drogen und Vegetabilien.

Kleine Anzeigen

in der „Danziger Volkstimme“ haben
grossen Erfolg!

Maschinenfabrik Paul Pfeiffer

Danzig, Altschottland 5/6

Satt- u. Heißdampflokoböhlen
in allen Größen.
Benzol- und Rohölmotore :: Motorlokomoböhlen
Motorpflüge
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Aktien-Gesellschaft für polnischen Holzexport

Sägewerke Klinger G. m. b. H.
Danzig, Krebsmarkt 2/3
Telephon Nr. 7056 und 7057

Danziger Teerindustrie

vormals Büsscher & Hoffmann Akt.-Ges

DANZIG

Telephon 20.

Dachpappen- u. Asphalt-Fabrik
Teer-Destillation
Baumaterialien-Großhandlung

Industrie-Werke, A.-G., Danzig

Telegr.-Adr.: Iwag Danzig Reitergasse 13-15 Telefon: Danzig 30 und 155

Anfertigung von Waggonbeschlagteilen, Baubeschlägen, Pflug-
scharen, Metallbettstellen und Automobil-Ersatzteilen aller Art

Danziger Schiffahrtskontor G. m. b. H.

Danzig Maritime Agency Co. Ltd.

Schiffsmaklerei, Befrachtungen u. Spedition. Lagerung, Verzollungen

Telegramm-Adresse:
Navigation Danzig /

DANZIG

Vorstadt, Graben 43
Fernruf 5880 u. 1347

Regelmäßiger 10 tägiger Fracht-Dampfer-Verkehr Danzig-Rotterdam-Antwerpen durch Haasbroeck Linie.